

## **Marx is in the air?!**

### **Wie „antikapitalistisch“ ist die gegenwärtige Debatte um die Müntefering-Rede<sup>1</sup>**

Wüsste man nicht, das wir im Jahre 2005 leben, 15 Jahre nachdem Kohl-Minister Norbert Blüm das Ende der DDR mit dem triumphierenden Satz „Marx ist tot“ kommentierte, so könnte man glauben, wir befänden uns zu Beginn der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts.

Seit 14 Tagen ist jedenfalls ähnlich wie damals das Wort „Kapitalismus“ in fast allen Medien mindest so häufig zu finden, wie der Name Michael Schumacher.

Was führt dazu, dass die „Frankfurter Rundschau“ einen mehrseitigen Bericht mit der Überschrift aufmachte „Marx is in the air“?

Ist es nur das zeitweilige Aufflammen einer oberflächlichen Kontroverse um einen verzweifelten Versuch von Müntefering kurz vor der offenkundig verlorenen NRW - Wahl noch einmal das Steuer rumzureißen, um einige letzte SPD Wähler zurückzugewinnen? Oder steckt vielleicht, wie auch spekuliert wird, schon die Vorbereitung auf eine künftige Rolle in der Opposition dahinter?

An diesen Fragen will ich mich aber nicht abarbeiten.

Mir, und der DKP geht es eher um Überlegungen, die sich an der Resonanz auf die besagten Äußerungen festmachen.

- 1. War die Müntefering-Schelte antikapitalistisch?**
- 2. Was wäre denn eigentlich „antikapitalistisch?“ Die falsche Trennung von „raf-fendem“ vs. „schaffendem“ Kapital**
- 3. Worüber müsste man sich eigentlich aufregen?**
- 4. Macht es Sinn nicht nur auf ein „Anti“ sondern auch auf ein „Pro“ zu orientieren? „Pro“ mit der Nachsilbe „sozialistisch“?**

#### **ad 1: War die Müntefering-Schelte antikapitalistisch?**

In der „**jungen Welt**“ vom 02.05.2005 konnte man lesen:

„In breitenwirksamen Medien werden die Attacken des SPD-Chefs Franz Müntefering derzeit als »Kapitalismuskritik« bezeichnet, gar mit Karl Marx in Verbindung gebracht. Tatsächlich haben seine Auslassungen mit ersterem wenig und mit letzterem gar nichts zu tun.“

Ich stimme dem zu und frage „Was genau kritisiert Müntefering:?“

#### **a) Die Kritik an den ausländischen „Heuschrecken“**

Aus reiner Profitgier würden ausländische Investoren und Fonds-Vertreter wie "Heuschrecken" über deutsche Unternehmen herfallen, sie ausweiden und anschließend wieder ihrer Wege gehen.

In einem internen Papier wurde den SPD-Abgeordneten erläutert, es gebe Finanzholdings, deren Ziel sei es nicht, Unternehmen langfristig weiterzuführen, sondern sie innerhalb weniger Jahre zu verwerten.

In dem Papier werden folgende Aufkäuferfirmen namentlich genannt: KKR, Goldman Sachs, Apax, Carlyle, BC Partners, Advent, WCM, CVC, Permira, Saban Capital oder Blackstone. Diesen Gesellschaften gehören immerhin rund 5 000 Firmen mit 400 000 Beschäftigten. Wie diese über Unternehmen herfallen und sie ausschachten ist in der Tat skandalös:

**Beispiel Siemens Nixdorf:** KKR und Goldman Sachs kaufen 1999 90 Prozent der Anteile. Im Frühjahr 2004 lassen sie sich 160 Mill. Euro als „eine Art Dividende“ auszahlen, heißt es in dem Papier. Vom Erlös des Börsengangs 2004 in Höhe von 350 Mill. Euro gehen 225 Mill. an die Investoren, nur 125 Mill. Euro bleiben im Unternehmen.

---

<sup>1</sup> unter Nutzung eines aktuellen Argumentationspapiers von verdi in den Abschnitten 3 und 4

**Beispiel Klöckner Werke:** Anfang 2001 erwirbt WCM die Mehrheit des durch Bilanzfälschungen bei einer Tochter in Probleme geratenen Unternehmens. In der Folge verkauft WCM Unternehmensteile. Allein der Verkauf der Folientechnik bringt mit 925 Mill. Euro mehr, als WCM die Übernahme gekostet hat.

**Beispiel Telenovis:** Trotz eines Beschäftigungspakts mit 12,5 Prozent Lohnverzicht entlässt der Erwerber KKR fast die Hälfte der 8 000 Beschäftigten. Über ein Geflecht von Subfirmen entzieht KKR dem Unternehmen Finanzmittel und schwächt so die Ertragskraft, lautet der Vorwurf.

**Beispiel Duales System:** KKR kauft das Entsorgungsunternehmen offiziell für 807 Mill. Euro. Tatsächlich erhalten die Anteilseigner (Metro und andere) davon 260 Mill. Euro. Mit dem Rest zahlt KKR stille Gesellschafter aus und Halteprämien an bisherige Kunden, heißt es.

*(HANDELSBLATT, Montag, 02. Mai 2005, 08:43 Uhr)*

Das Papier enthält keinerlei ausdrücklichen Schuldzuweisungen. Kein Wunder! Denn die SPD-Spitze spürt den wachsenden Unmut in der Bevölkerung, der sich gegen ihre eigene Wirtschafts- und Sozialpolitik richtet.

Aus parteipolitischem Kalkül hat Müntefering eine gezielt auf bestimmte kapitalistische „Auswüchse“ – und dann auch primär von ausländischen Firmen verantwortet - beschränkte Diskussion angestoßen.

Gleichzeitig verschweigt Müntefering, dass es seine Regierung ist, die zu solchen „Heuschrecken“ - Attacken geradezu einlädt, weil sie über Verlustabschreibungen und Investitionshilfen, solche Praktiken überhaupt ermöglicht.

Dass Müntefering bei seiner 1. Mai-Rede mit Eiern beworfen wurde, zeigt, dass sein Kalkül in diesem Punkt nicht aufgeht. Die von der SPD enttäuschten Menschen wissen, wem sie die soziale Misere mitzuverdanken haben.

## **ad 2. Was wäre denn eigentlich „antikapitalistisch?“ Die falsche Trennung von „raffendem“ vs. „schaffendem“ Kapital**

Zur faschistischen Demagogie der 20er Jahre gehörte die Polemik der Hitler-Partei gegen das „raffende (jüdische) Kapital“ oder auch die „Wall-Street-Magnaten“.

Die materielle Warenproduktion – das Herz der kapitalistischen Produktionsweise und Basis jeglicher Ökonomie blieb weitgehend unbehelligt, damit auch die Drahtzieher und politischen Hintermänner der Nazi-Partei aus der Großindustrie an Rhein und Ruhr.

Ich will nun beileibe nicht Münteferings Positionen mit dieser alten Propagandamasche vom guten (deutschen) „schaffenden“ und bösen (jüdisch) „raffendem Kapital“ gleichsetzen.

Dahinter steckt bei ihm eine völlig verfehlte Analyse der ökonomischen Verhältnisse der wichtigsten Mechanismen des Kapitalismus. Die Beziehung zwischen Finanzwelt und materieller Produktion wird auseinander gerissen. Müntefering – und nebenbei gesagt aber auch einige Theoretiker von ATTAC - gehen davon aus, dass sich Finanzspekulation und frei flottierendes „Abenteurerkapital“ oder auch „Casino-Kapital“ problemlos von den anderen ökonomischen Vorgängen im Kapitalismus trennen und bekämpfen ließen. Das ist falsch und widerspricht den elementarsten Grundmechanismen der kapitalistischen Produktionsweise.

Es ist vonnöten hier einige Grundbegriffe der kapitalistischen Ökonomie zumindest zu erwähnen wie: Mehrwert, Kapitalverwertung, technische und organische Zusammensetzung des Kapitals, Profitrate Industrie-, Bank- und Finanzkapital.

Worum geht es im Kapitalismus?

„Der Sinn der kapitalistischen Produktion liegt in der Kapitalverwertung. Sie setzt die Akkumulation von Mehrwert voraus, die bei höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals zum Fall der Profitrate führt.“ (Lehrbuch Politische Ökonomie des Kapitalismus, Berlin 1980, S. 287)

Mit der Entwicklung des Kapitalismus entstanden in der materiellen Produktion immer größere Produktionseinheiten. In enger Wechselwirkung und Verbindung mit diesem Prozess, der schließlich zur Entstehung von monopolkapitalistischen Betrieben der zuerst mechanisierten

und schließlich automatisierten industriellen Großproduktion führte, vollzog sich auch eine gewaltige Konzentration und Zentralisation des Bankkapitals. Das war schließlich auch die Grundlage für die Entstehung des Bankkapitals und der sich in Riesendimensionen steigernden nationalen und internationalen Geschäfts- und Kreditbanken.

Es waren und sind in erster Linie die gewachsenen Größenordnungen der Produktivkräfte und die Dominanz der Monopole in der Industrie, die auch zu völlig neuen Dimensionen des Finanzbedarfs und damit auch der Kapitalakkumulation führten.

„Um den neuen Größenordnungen an die Kapitalmobilisierung gerecht zu werden, waren neue Größenordnungen im Bankkapital erforderlich. ... das den Klein- und Mittelunternehmen in der Industrie entsprechende Privatbankhaus mit dem persönlichen Vermögen des Alleineigentümers als Kapitalbasis konnte solchen Ansprüchen nicht genügen. ... Der Anstoß zur Beschleunigung der Bankzentralisation durch die Monopolisierung in der materiellen Produktion erfolgte auch in der Weise, dass sie großen Industrieunternehmen ihr freies Geldkapital bei bestimmten bevorzugten Banken deponierten, was deren Positionen gegenüber den übrigen Banken stärkte und sie in die Lage versetzte, den Konkurrenzkampf in der Bankwelt zu ihren Gunsten zu entscheiden.“ (Lehrbuch a.a.O., S. 465)

Im Imperialismus, dem Stadium des Kapitalismus, der durch die Vormachtstellung des ökonomischen Monopols charakterisiert wird, erfolgte dann die wechselseitige Verschmelzung von Industrie – und Bankkapital zum sog. „Finanzkapital“. Dies ist nach Lenins Imperialismustheorie ein Prozess der „Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie – das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses Begriffs.“ (LW Bd. 22, S.230).

Im Unterschied dazu hatte der seinerzeitige bedeutende sozialdemokratische Imperialismusforscher Rudolf Hilferding das Finanzkapital definiert als „Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen.“ ( R. Hilferding: das Finanzkapital, Berlin 1955, S. 336).

Mit dieser Definition, die Lenin als „unvollständig und oberflächlich“ kritisiert hatte, wird weder das eigentliche Wesen des Finanzkapitals erfasst und es wird eigentlich nur der Bereich der Zirkulationssphäre dabei berücksichtigt. Finanzkapital wird einfach mit Bankkapital gleichgesetzt. „Der im modernen Monopolkapitalismus erfolgte Prozess des Auf- und Ausbaus stabiler und umfassender Beziehungen zwischen Großbanken und anderen Finanzunternehmen wie Versicherungskonzernen Hypothekenbanken, Investmenttrusts einerseits sowie Industriekonzernen, Großunternehmen des Handels- und Transportwesens, Grundstücks- und Wohnungsgesellschaften, Pressekonzernen usw. andererseits stellen den von den Monopolen geprägten Zusammenhang zwischen den verschiedenen Gliedern der kapitalistischen Wirtschaft eines imperialistischen Landes her.“(Lehrbuch: Polit. Ökonomie, a.a.O., S. 470)

Im hoch entwickelten Monopolkapitalismus – oder auch „Imperialismus“ – dominiert in den ökonomischen Beziehungen sowohl national wie international zwar das Finanzkapital, aber es entsteht nicht jenseits und unabhängig von der Sphäre der materiellen Produktion. Es entsteht aus der organischen Verbindung zwischen Industrie- und Bankkapital.

Materielle Produktion, Spekulation und Investition sind im entwickelten Kapitalismus nicht voneinander zu trennen.

Wenn man Kritik an der Ökonomie übt, muss man das System mit seiner Verwertungs- und Profitlogik als Ganzes im Blick behalten, man kann nicht nur über die Spitze des Eisberges reden, man muss schon den ganzen Eisberg analysieren.

Man muss den Selbstzweck des Kapitalismus entlarven, bis zum Ende aller Zeiten aus Geld mehr Geld zu machen den Anteil des Kapitals am gesellschaftlichen produzierten Mehrwert immer größer werden zu lassen und diejenigen, die durch ihre Arbeit den Reichtum der Gesellschaft schaffen, die Lohnarbeiterschaft, mit Almosen abzuspeisen.

Die Besonderheit der jetzigen Abart des Finanzkapitals besteht darin, dass es sich in immer größerem Maße dabei nicht um echtes Geldvermögen handelt, dem ein Gegenwert in Form konkreter Waren und Produkte, Edelmetalle, Devisen, Beteiligungen an Grund und Boden oder Aktienanteilen an realen Betrieben gegenübersteht.

Es werden Aktien und andere Papiere in künstlich in Kurshöhen manipuliert, die von keiner realwirtschaftlichen Aktivität mehr gedeckt sind. Diese Scheinvermögen lassen die Wirtschaft gesünder aussehen, als sie ist. Sobald sich allerdings die Aktienkurse als überbewertet herausstellen, kracht das Kartenhaus zusammen.

Dann gerät – wie bei der großen Weltwirtschaftskrise 1929 oder beim Platzen der „großen Blase“ in Japan in den späten 70er Jahren auch die Warenproduktion in den Strudel und wird mit in den Abgrund gerissen.

Ohne eine wirklich grundlegende Kritik an den Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise bleiben die Menschen weiterhin in struktureller Abhängigkeit von Kapitalmacht und kapitalistischer Ausbeutung befangen. Eine Kritik, die nur die allergrößten Auswüchse des Kapitalismus benennt, ohne deren Ursachen auch nur im Ansatz aufzudecken, bedeutet, gegen eine Krebserkrankung mit Kopfschmerztabletten vorgehen zu wollen.

### **3. Worüber müsste man sich eigentlich aufregen?**

#### **Aufregen muss man sich über die Politik der Bundesregierung:**

Die von ihr angeprangerte Tätigkeit der Finanzinvestoren, die jetzt als heuschreckenartig bejammert wird, ist gerade durch das jüngste **Finanzmarktförderungsgesetz** der Bundesregierung erheblich erleichtert worden. Die in Deutschland bislang verbotenen spekulativen Hedgefonds sind überhaupt erst durch die rot-grüne Regierung zugelassen worden. Noch bis in allerjüngste Zeit hatten SPD-Politiker zum Beispiel im Fall von Wincor Nixdorf nichts Anstößiges entdecken können. Im Gegenteil: „Bei einem Besuch des inzwischen börsennotierten Konzerns vor zwei Wochen (so die Financial Times Deutschland vom 29.04.2005) hatten Münteferings Parteifreund und nordrhein-westfälischer Arbeitsminister Harald Schartau die Entwicklung des Anlagenherstellers euphorisch gelobt: "Die Entwicklung dieses Unternehmens ist fast ohne gleichen, einfach sensationell", zitierte die "Neue Westfälische" den SPD-Politiker. So schnell lässt sich das Vertrauen, das die SPD seit ihrer Regierungsübernahme 1998 durch ihre Politik im Interesse des Kapitals bei ihren Anhängern verloren hat, nicht zurückgewinnen.

#### **Aufregen muss man sich über die Reaktionen der Kapitalistenverbände:**

Beschwichtigend der Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, **Martin Kannegger**: Die von Müntefering genannten Beispiele von Investoren, die "wie Heuschrecken" Betriebe abgrasten, passierten vor allem in Amerika und Asien. Selbstkritisch der BDI-Präsident **Jürgen Thumann**, der Fehler und ein "Glaubwürdigkeitsproblem" der Unternehmen einräumte. Thumann machte die Unternehmen für die dramatische Lage im Osten mitverantwortlich, weil überlebensfähige Betriebe nicht saniert worden seien. Er forderte mehr "vorbildliches Verhalten" der Unternehmen. Sie müssten sich ihrer sozialen Verantwortung stellen, bevor sie Arbeitsplätze abbauten.

Dagegen der Präsident des Verbandes der Automobilindustrie, **Bernd Gottschalk**: "Wir werden keine neuen Arbeitsplätze schaffen, wenn wir Unternehmen attackieren und Risikokapital populistisch zu Teufelszeug erklären", so **Gottschalk** gegenüber der "Frankfurter Allgemeinen".

Die Stellungnahme von Thumann sei „Anbiederung bei der SPD“, so die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" (v. 01. Mai 05). Und auch Commerzbank-Chef Klaus Müller, der BMW-Vorstandsvorsitzende Helmut Panke und Postchef Klaus Zumwinkel warnen vor den negativen Folgen der Kapitalismusdebatte.

#### **Aufregen muss man sich über die sog. SPD-Linke:**

Die SPD-Führung hat sich mit der Kapitalismusdebatte, die sie zunächst nur angestoßen hat, um sich zumindest verbal wieder links von der Opposition aus CDU/CSU und FDP zu positionieren, der Erwartung der Lohnabhängigen ausgesetzt, dass ihren Worten nun auch Taten folgen.

Doch schon wiegelt der stellvertretende SPD-Fraktionschef Michael Müller wieder ab: "Wir erarbeiten keinen Masterplan zur Zähmung des Kapitalismus. Wir denken über verschiedene Maßnahmen nach, die zum Teil schon bekannt sind: die Bürgerversicherung, Mindestlöhne, die Offenlegung von Managergehältern und die Auftragsvergabe".

Die Fraktion werde sich intensiv damit befassen. Es handele sich nicht um Wahlkampf. "Für uns bleibt das Thema auf der Tagesordnung", weshalb über die Einrichtung einer Arbeitsgruppe nachgedacht werde. Und zum Problem der lahmen Konjunktur infolge zu niedriger Lohnabschlüsse ist vorerst nur ein schwacher Appell zu vernehmen: "Die Arbeitgeber sollen bei den Tarifverhandlungen nicht immer nur blockieren, sondern den Leuten wieder den verdienten Anteil an den steigenden Gewinnen auszahlen" verlangte Müller in der "Bild am Sonntag" (v. 1. Mai 2005). Dies alles ist aber, wie Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement betont, nicht mit einem Abschied von der rot-grünen Reformpolitik verbunden.

### **Aufregen muss man sich über zu niedrige Löhne:**

Arbeitslosengeld gibt es nur noch für höchstens zwölf Monate. Plus sechs Monate für über 55-Jährige. Bisher waren es bis zu 32 Monate. Der Durchschnittsverdiener verliert 14.000 Euro. Nach Auslaufen des Arbeitslosengeldes droht der sofortige Absturz auf das Niveau der Sozialhilfe; verpackt als „Arbeitslosengeld II“. Wenn der Partner oder die Partnerin noch Einkommen hat, gibt es meist gar nichts. Erspartes wird den Erwerbslosen angerechnet. Die Bundesregierung findet Vermögensteuer nur gut zur „Besteuerung“ der Erwerbslosen! Der soziale Abstieg ist vorprogrammiert. Selbst hoch qualifizierte Leute können sich als Würstchenverkäufer wiederfinden.

Seit zehn Jahren bleiben die Lohnsteigerungen hinter dem Zuwachs der Produktivität und der Preise zurück; ein Minus von 10 Prozent.

So fehlt vor allem Kaufkraft. Und die Politiker wundern sich über die zu schwache Binnennachfrage. An dieser Entwicklung wird sich nach der jüngsten Prognose der Institute nichts ändern. Bereits 2004 wurde das Wachstum ausschließlich vom Außenbeitrag (Überschuss im Außenhandel mit Gütern und Dienstleistungen) und Vorratsveränderungen getragen, trotz eines starken Euro und steigenden Preisen für Energieimporte. Privater und staatlicher Konsum sowie die Investitionen stagnierten. Nach der Prognose soll dies, in abgeschwächter Form, so bleiben.

Die Ursache hierfür liegt in der schwachen Binnennachfrage. Hierfür ist die Lohnentwicklung der wichtigste Faktor.

Trotz dieser Zusammenhänge empfehlen die Institute, die gescheiterte Politik der letzten Jahre fortzusetzen. Die Institute fordern auch weiterhin Lohnsteigerungen unterhalb von Inflationsraten und Produktivitätszuwachs.

Diesen Empfehlungen entsprach bisher auch die Politik der Regierung Schröder/Fischer. Die Lohnstückkosten sanken, Unternehmenssteuern wurden gesenkt, die sozialen Sicherungssysteme kräftig gerupft, die Staatsquote sank und die Gewinne sprudelten kräftiger denn je. Angeblich sollte diese Politik zu mehr Wirtschaftswachstum und Beschäftigung führen. Doch die Konjunktur lahmte trotz eines Miniaufschwungs 2004. Die Arbeitslosenzahlen sind weiter ständig gestiegen.

### **„Die Globalisierung“ ist keine Begründung für immer neue Runden des Sozial- und Lohnabbaus.**

Deutschland ist 2004 wieder Exportweltmeister geworden. Wie bereits 2003.

Die Weltwirtschaft wächst seit Jahren nur sehr schwach. Die meisten Länder können ihre Anteile am Welthandel nur schwer halten. Die Anteile der USA und von Großbritannien gingen sogar zurück. Nur der deutsche Anteil steigt und steigt. Ein Zehntel aller weltweit exportierten Güter kommt heute aus Deutschland.

Zu wenig Aufträge im Inland sind das Problem für die Unternehmen. Nicht zu hohe Kosten. Zu hohe Löhne? Fehlangelegenheit! Mit zu hohen Löhnen könnte Deutschland niemals Exportweltmeister sein. Die Lohnerhöhungen gehören seit Jahren zu den niedrigsten in Europa. Deutschland hat kein Kostenproblem, sondern ein Nachfrageproblem!

Vier Fünftel der Beschäftigten arbeiten für den einheimischen Bedarf, aber nur ein Fünftel arbeitet für den Export. Nur immer neue Exportrekorde führen die Wirtschaft nicht aus der Stagnation. Sogar die Financial Times Deutschland schreibt: „Längere Arbeitszeiten oder Lohnkür-

zungen zielen auf eine Senkung der Lohnkosten im Vergleich zum Ausland. Liegt aber das aktuelle Konjunkturproblem an der schwachen Inlandsnachfrage, dann müssen andere Lösungen her.“

Der Standort Deutschland hat sich für die DAX-30-Unternehmen 2004 so richtig ausgezahlt: Die Gewinne wurden mehr als verdoppelt! Auf fast 36 Milliarden Euro innerhalb eines Jahres. Unternehmen wissen überhaupt nicht wohin mit dem vielen Geld. Über 15 Milliarden Euro werden an die Aktionäre ausgeschüttet. Sie sparen davon das meiste. Die Gewinne von heute sind die Investitionen und Arbeitsplätze von morgen – heißt es. Fehlanzeige: 35.000 Arbeitsplätze haben die DAX-30-Unternehmen vernichtet.

Um elf Prozent stiegen die Einkommen der Unternehmen und Vermögensbesitzer im Jahr 2004 an. Ein Rekordzuwachs! Das ist die bei weitem stärkste Steigerung seit mehr als 20 Jahren, wenn man die Preissteigerungen berücksichtigt. Die Arbeitnehmereinkommen „stiegen“ um 0,0 (!! ) Prozent. Gleichzeitig wuchsen die Produktivität und die Preise weiter an. Die Tariflohnerhöhungen waren zu gering. Millionenfach wurde Lohnverzicht erzwungen. Immer mehr Minijobs und Niedriglöhne. Die Lohnkosten sind im letzten Jahr kräftig gefallen. Im Verhältnis zur Wertschöpfung sind sie geradezu abgestürzt. Noch nie in den letzten Jahrzehnten war die reale Lohnkostenbelastung der Wirtschaft so niedrig. Noch nie haben die Unternehmer an ihren Beschäftigten so viel Geld verdient!

Nicht Standortprobleme sind, wie oft behauptet wird, die Ursache der Misere auf dem Arbeitsmarkt. Zentrales Problem ist die schwache Binnennachfrage! Sicher wurden Arbeitsplätze in die neuen EU-Länder Osteuropas verlagert. Es wurde Druck auf die Beschäftigten ausgeübt. Aber insgesamt hat der Handel mit den neuen EU-Ländern erhebliche Vorteile gebracht für die deutsche Volkswirtschaft gebracht.

Die Lieferungen aus Deutschland in diese Länder stiegen in 2004 um fast neun Prozent. Dagegen legten die Importe aus den Beitrittsländern nur um ein Prozent zu. Der Exportüberschuss lag bei mehr als drei Milliarden Euro! Arbeitsplatzverluste und -gewinne zusammengefasst ergeben mindestens 30.000 Arbeitsplätze, die durch den Handel mit den EU-Ostländern gesichert bzw. geschaffen wurden. Im Übrigen sind insgesamt die Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland nach einem kurzen Anstieg Ende der 90er Jahre seither Jahr für Jahr gesunken. „Es gibt keinen Trend zu steigenden Investitionen im Ausland“ erklärte der Direktor des *Instituts der deutschen Wirtschaft*, Michael Hüther, am 25. Januar 2005 in der *Financial Times Deutschland*. Der wichtigste Grund für Auslandsinvestitionen sei die Erschließung neuer Märkte ist. Die Entwicklung von neuen und Verbesserung von bereits etablierten Produkten sei am angestammten Ort oft vorteilhafter umzusetzen.

### **Aufregen muss man sich über die die Reichen begünstigende Steuer- und Finanzpolitik**

2000 wurde begonnen, in der Einkommensteuer den Spitzensteuersatz zu senken. Insbesondere um mittelständische Unternehmen von Steuerzahlungen zu entlasten. Ein Jahr später folgte die Körperschaftsteuer. Aus den geplanten 8 Milliarden Euro Entlastung machten die Aktiengesellschaften und GmbHs 23 Milliarden Euro. Durch diese Entlastungen sollten Investitionen angeregt und Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Erwartung war, dass mit niedrigeren Steuersätzen mehr Geld in die Staatskasse fließt.

Unternehmer und Kapitalbesitzer freuten sich über die Steuergeschenke. Aber zusätzliche Investitionen waren vielen zu risikoreich, da die Nachfrage fehlte und fehlt. Kurz vor Weihnachten 2003 beschlossen Rot-Grün und die konservative Opposition eine Steuersenkung, damit die Menschen endlich mehr Geld zum Konsumieren haben. Sylvester 2003 knallten die Champagnerkorken besonders laut. Allerdings bei den Oberen 20.000. So viele haben nämlich eine Million Euro oder mehr zu versteuern. Ihnen wurden 2004 über 30.000 Euro geschenkt. Beim Durchschnittsverdiener mit 30.000 Euro Jahreseinkommen betrug die Entlastung gerade etwas mehr als 400 Euro.

Für viele war die Steuer“reform“ 2004 ein Minus: Die Entfernungspauschale sank von 36 auf 30 Cent pro Kilometer. Die Eigenheimzulage wurde um 30 Prozent gekürzt. Ein Dauerbrenner waren die teilweise steuerfreien Schichtzuschläge. Für viele Arbeitnehmerfamilien war die Bilanz negativ. Das Geschenk für die Reichen kostete die Staatskasse fast drei Milliarden Euro.

In den letzten 25 Jahren wurden Unternehmen und Reichen immer mehr Steuern erlassen. Ehedem haben sie über 30 Prozent des Steueraufkommens gezahlt, heute sind es kaum noch 14 Prozent.

Weshalb soll es eigentlich Vermögenden nicht zumutbar sein, eine 1-prozentige Vermögenssteuer zu zahlen? Bei einem Freibetrag von 500.000 Euro? In Verbindung mit einer reformierten Erbschaftssteuer könnten so 20 Milliarden Euro zusätzlich eingenommen werden.

Einkommensmillionäre müssen ab 2005 im Vergleich zu 1998 100.000 Euro weniger Steuern im Jahr zahlen. Die öffentlichen Kassen kostet dies über acht Milliarden Euro. Die Steuerpolitik von CDU/CSU stellt dem Einkommensmillionär noch einmal 60.000 Euro als Geschenk in Aussicht. Das ganze wird getarnt als „Steuervereinfachung“. Die Steuerquote, der Anteil der Steuern an der gesamten Wirtschaftsleistung, ist in den letzten Jahren auf einen historischen Tiefstand gesunken.

Nach den Schätzungen soll sich dies weiter fortsetzen. Der Rückgang gegenüber der Steuerquote von 2000 um 2,6 bzw. 2,7 Prozentpunkte entspricht Einnahmeausfällen von über 57 Mrd. Euro in 2004 und 61 Mrd. Euro in 2005. Ohne diese Einnahmeausfälle wäre die Einhaltung der Defizit-Kriterien von Maastricht kein Problem gewesen. Wenn die seit 1998 laufende „Steuerreform“ 2005 abgeschlossen ist, werden Einkommensmillionäre über 100.000 Euro weniger Steuern zahlen. So viel verdienen die meisten bei weitem nicht!

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt gibt es kaum ein anderes Land, das so wenig für die öffentliche Versorgung ausgibt. In der Kanalisation, die immer mehr verrottet, fühlen sich die Ratten immer wohler. Dafür wird es für unsere Kinder in Schulen mit bröckelndem Putz und immer häufigerem Unterrichtsausfall ungemütlicher. Handwerker, die Bauwirtschaft und andere Betriebe bekommen immer weniger öffentliche Aufträge. Die, die sie noch erhalten, werden immer schleppender bezahlt – klagt das Handwerk. Auch so kann man viele Betriebe in die Pleite treiben und Arbeitsplätze vernichten.

Die massiven steuerlichen Entlastungen für Unternehmen und Hochverdiener im Rahmen des „größten Steuersenkungsprogramms der deutschen Nachkriegszeit“ (Hans Eichel) haben – entgegen den Versprechungen – gerade nicht dazu geführt, dass es zu mehr Investitionen und Arbeitsplätzen gekommen ist. Im Gegenteil. Einzig die Gewinne sind explodiert. Statt Investitionen gab es höhere Aktienkurse. Die Steuereinnahmen, auf die der Staat verzichtet hat und die er so dringend bräuchte, sind in die Finanzmärkte geflossen.

Mehr als 60 Milliarden Euro Steuergeschenke erhielten Aktiengesellschaften und GmbHs in den letzten vier Jahren. Zeitweise haben sie bei der Körperschaftsteuer sogar noch Erstattungen erhalten. Auch im Januar 2005 kassierten sie wieder 180 Millionen Euro Rückerstattungen. Und das, obwohl die Gewinne so richtig sprudeln. Bestätigt haben die gigantischen Geschenke aber eines: Steuerentlastungen für Unternehmen taugen nicht als Investitionsanreiz. Denn zeitgleich mit den Steuersenkungen sind die Investitionen auf breiter Front zurückgegangen.

### **Aufregen muss man sich über Hartz IV**

Der neue Armuts- und Reichtumsbericht zeigt, wie dringlich eine Wende in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist. Doch mit Hartz IV sollen rund 2,5 Milliarden Euro bei den Langzeitarbeitslosen eingespart werden. Viele Langzeitarbeitslose werden in die Armut abstürzen. Die Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose führen nur zu Elend und Lohndumping. Gleichzeitig werden Besserverdienenden und Reichen ab 2005 rund 2,5 Milliarden Euro geschenkt. Das haben Regierung und Opposition vorgesehen. Ab Januar 2005 soll nämlich der Spitzensteuersatz noch einmal gesenkt werden - von 45 auf 42 Prozent. Würden die geplanten Steuergeschenke für Reiche zurückgenommen, dann könnte auch Hartz IV entfallen. Warum müssen Einkommensmillionäre erneut knapp 30.000 Euro Steuern im Jahr erlassen werden? Während der Durchschnittsverdiener mit 30.000 Euro Jahreseinkommen gerade einmal 150 Euro weniger zahlen soll, ver.di fordert seit langem, den Spitzensteuersatz wieder auf 47 Prozent anzuheben. Die Forderung einiger Ministerpräsidenten ihn zumindest bei 45 Prozent zu belassen, ist richtig. Da sich auch der CDU-Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt hierfür ausspricht, bestehen Chancen diese Änderung im Bundesrat durchzubringen.

## **Aufregen muss man sich über die wachsende Armut**

Die Politik der rot-grünen Bundesregierung hat die Situation in Deutschland insgesamt verschlechtert. Bräuchte es noch eines Beweises, dann ist es der neue Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von Anfang 2005.

Dies zeigt sich nun aber auch in dem immer weiteren Auseinanderklaffen von Einkommen und Vermögen: Die Armen werden mehr und noch ärmer und die Reichen immer reicher.

Das gesamte Nettovermögen ist in Deutschland zwischen 1998 und 2003 um knapp 20 Prozent von 4,2 Billionen Euro auf rund fünf Billionen Euro gestiegen.

Die Mehrheit der Bevölkerung hat von diesem Zuwachs nichts abbekommen. Im Gegenteil: Ihr Anteil am Gesamtvermögen ist gefallen.

Bereits vor zehn Jahren war die Vermögensverteilung extrem ungleich. Heute sieht es noch schlimmer aus. 1993 besaßen zehn Prozent der reichsten Haushalte bereits fast 45 Prozent des gesamten Nettovermögens. 2003 sind es mit knapp 47 Prozent noch einmal gut zwei Prozentpunkte mehr.

Dieser Zuwachs bei den Reichen auf Kosten der Armen gegangen ist. Die ärmsten zehn Prozent der Haushalte hatten bereits 1993 nicht nur überhaupt kein Vermögen, sondern waren verschuldet.

400.000, gerade ein halbes Prozent, verfügen über 25 Prozent des Geldvermögens! Insgesamt ist die Gesellschaft beim Nettogesamtvermögen höchst gespalten.

Die reichsten 50 Prozent hatten mit 96,0 Prozent im Jahr 1993 bereits fast alles, die unteren 50 Prozent mit 4,1 Prozent fast nichts. Zehn Jahre später sieht es noch schlimmer aus: Die obere, reiche Hälfte der Haushalte hat ihren Anteil noch einmal auf 96,3 Prozent erhöhen können, während die untere, ärmere Hälfte bei einem Anteil von nur noch 3,8 Prozent am Vermögen gelandet ist.

Sofern „Vermögen“ überhaupt vorhanden ist, besteht es bei den meisten Menschen aus Ersparnissen für geplante größere Ausgaben wie ein Auto, eine Ferienreise oder zur Verbesserung des Lebensstandards im Alter. Manche sparen auch für ein eigenes Haus oder wohnen bereits in den eigenen vier Wänden. Für den weit überwiegenden Teil der Bevölkerung sind daher die regelmäßigen Einkommen entscheidend für den Lebensstandard. Dazu gehören Einkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit, aus Vermögen sowie aus Transfer-einkommen wie Kindergeld, Arbeitslosenunterstützung oder die Rente.

Um Armut auch international vergleichen zu können, hat man sich auf bestimmte Definitionen geeinigt. Eine vierköpfige Familie gilt somit in Deutschland als arm, wenn sie mit insgesamt weniger als 1.970 Euro im Monat auskommen muss. Davon müssen alle Ausgaben wie Lebensunterhalt, Miete, Kleidung, Schulbücher oder die Kosten einer Klassenfahrt bestritten werden.

Die Armutsschwelle von knapp 940 Euro ist die Obergrenze, an der Armut gemessen wird. Viele Menschen müssen mit weitaus weniger Geld auskommen. Zwei Prozent der Bevölkerung haben höchstens 600 Euro monatlich zur Verfügung.

Für Kinder ist es besonders schwer, mit Einschränkungen leben zu müssen. Sie wollen mit den Freundinnen und Freunden in der Schule mithalten. Doch wovon sollen Eltern einen Scout-Schulranzen, die Handy-Rechnung, begehrte Turnschuhe von Kangaroo oder gar eine Klassenfahrt bezahlen, wenn das Geld so schon hinten und vorne nicht reicht?

Gemessen am laufenden Einkommen ist die Armut in den letzten 30 Jahren in den alten Bundesländern kontinuierlich angestiegen. Entsprechende Daten aus der Vergangenheit der neuen Länder liegen nicht vor. In Westdeutschland gelten gut 12 Prozent, in Ostdeutschland über 19 Prozent der Bevölkerung als arm.

Im Durchschnitt ergibt dies für Gesamtdeutschland eine Armutsquote von 13,5 Prozent gegenüber gut zwölf Prozent im Jahr 1998. 15 Prozent aller Kinder wachsen in Armut auf. Bei den Jugendlichen sind es sogar fast 20 Prozent. Kinder und Jugendliche sind überproportional von

Armut betroffen: 19 Prozent aller Jugendlichen oder fast jede/r fünfte lebt in Armut. Gegenüber 1998 ist das ein Anstieg um fast ein Drittel. Auch bei Kindern bis 15 Jahre ist der Anteil mit 15 Prozent überdurchschnittlich. Familien mit Kindern und zwei Elternteilen stehen noch vergleichsweise gut da: Paare mit zwei Kindern sind sogar seltener arm als der Durchschnitt der Bevölkerung. Nur bei Paaren mit einem Kind oder mit drei und mehr Kindern liegt das Armutsrisiko bei rund 14 Prozent und damit leicht über dem Durchschnitt. Die Hauptursache für Kinderarmut ist die hohe Armut in Familien von Alleinerziehenden. Kein Trost kann sein, dass der Anteil der Armen in dieser Gruppe konstant geblieben ist. Er liegt nach wie vor sehr hoch bei mehr als einem Drittel. Über 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen. Die verbreitete Armut in Ein- Eltern-Haushalten ist deshalb auch ein wesentlicher Grund für die höhere Armut von Frauen.

### **Gesundheit: Wir zahlen die Zeche**

#### **Aufregen muss man sich über die Lügen mit den „Lohnnebenkosten“**

Die Sozialversicherungs-Beiträge sind in den letzten 20 Jahren von 16 Prozent auf über 20 Prozent gestiegen. Und ständig drohen weitere Erhöhungen.

Die Ursache für diese gestiegenen sog. Lohnnebenkosten ist folgender:

Der Anteil der Löhne und Gehälter am Bruttoinlandsprodukt ist gesunken und die Arbeitslosigkeit gleichzeitig gestiegen. Folglich muss die Sozialversicherung aus einem kleiner gewordenen Anteil des Bruttoinlandsprodukts finanziert werden. Auch die „Minijobs“ belasten die Sozialkassen, weil keine vollen Beiträge gezahlt werden. Damit steigen die Beiträge jedes einzelnen Beschäftigten, ohne dass sich die Kosten der Sozialversicherung insgesamt nennenswert erhöht haben.

Ferner ist eine weitere Belastung der Sozialversicherung die Überwälzung von Aufgaben, die eigentlich als allgemein gesellschaftliche vom Staat zu erbringen sind. Dies sind aber nicht die irreführend als „versicherungsfremd“ bezeichneten Leistungen, die im Wege der solidarischen Umverteilung erbracht werden – wie zum Beispiel die kostenlose Mitversicherung von Familienangehörigen!

Es sind vielmehr Leistungen zur Finanzierung der Deutschen Einheit. „Durch das Verlagern von Teilen der finanziellen Vereinigungsfolgen in den Bereich der Sozialversicherung wurde das System der solidarischen Absicherung über Gebühr beansprucht und damit in Misskredit gebracht.“ (DIW-Wochenbericht 40/1997)

Die Beiträge könnten fast drei Prozentpunkte niedriger liegen, wenn die Kosten der Sozialversicherungen durch Steuern aufgebracht worden wären. Die Beitragssätze sind nicht gestiegen, weil zu hohe Leistungen die Sozialversicherung überfordern, sondern weil ihnen unter anderem gesamtgesellschaftlich zu lösende Aufgaben aufgebürdet wurden.

Seit langem behaupten Unternehmer und viele Politiker, dass hohe Lohnkosten für Krise und Arbeitslosigkeit verantwortlich sind. Wäre die Arbeit billiger, würden mehr Menschen in Lohn und Brot kommen. Elegant erscheinen da Forderungen, die „Lohnnebenkosten“ – Beiträge der Arbeitgeber vor allem zu den Sozialversicherungen der Beschäftigten – zu senken. Zuletzt plädierte auch Heide Simonis, die inzwischen abgewählte Ministerpräsidentin der SPD-geführten Landesregierung von Schleswig-Holstein, Anfang 2005 für die Senkung der „Lohnnebenkosten“.

Tatsächlich ist es gleich, ob man die „Lohnnebenkosten“ oder gleich die Löhne senkt. Sobald man die gesamtwirtschaftlichen Folgen einbezieht, wird klar:

Löhne sind nicht nur Kosten. Sie bestimmen gleichzeitig die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

Ebenso wie sinkende Löhne vermindern sinkende „Lohnnebenkosten“ die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Die Beiträge zur Sozialversicherung fließen über die Sozialversicherungen direkt in Form von Arbeitslosengeld oder Renten den Haushalten zu, die damit ihre Nachfrage finanzieren. Oder mit ihnen werden Sachleistungen wie Rollstühle oder Krankenhausaufenthalte finanziert. Kürzungen führen also sofort zu Einschnitten bei der Binnennachfrage. Die zentra-

le Frage lautet: Hat Deutschland überhaupt ein Lohnproblem? Die Antwort ist: Ja! Aber nicht in Form zu hoher, sondern zu niedriger Löhne!

#### **ad 4. Macht es Sinn nicht nur auf ein „Anti“ sondern auch auf ein „Pro“ zu orientieren? „Pro“ mit der Nachsilbe „sozialistisch“?**

Für das Einkommen der Lohnabhängigen darf nicht die bürgerlichen Theorien über Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit maßgebend sein. Die Forderungen des klassenorientierten Kampfes der Gewerkschaften und sozialen Bewegung sollten von den ZEITGEMÄSSEN BEDÜRFNISSEN der Arbeiterfamilien ausgehen. Dazu liegen u.a. von progressiven Wirtschaftswissenschaftlern, wie der „Memorandum Gruppe“, ausgearbeitete Forderungen vor.

Sie enthalten folgende Überlegungen:

##### **1. Kürzere Arbeitszeiten**

Arbeitszeitverkürzung führte in der Vergangenheit zu neuen Arbeitsplätzen und damit zu Entlastungen auf dem Arbeitsmarkt.

Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ist die Jahresarbeitszeit der Arbeitnehmer zwischen 1960 und 1981 um rund 20 Prozent zurückgegangen, d.h. um knapp 1 Prozent pro Jahr. Allein durch die Arbeitszeitverkürzung im Jahr 1979 konnte für rund 820.000 Personen Beschäftigung erhalten oder geschaffen werden.

Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) für den Zeitraum von 1985 bis

1998 kommen auf 700.000 bis eine Million zusätzliche Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzungen.

Der Gesamtbeschäftigungseffekt von 1960 bis Ende der 1990er Jahre beläuft sich auf insgesamt etwa 8 Millionen Arbeitsplätze. Da der Prozess der Arbeitszeitverkürzung in Westdeutschland mit minus 0,8 Prozent in 1994, minus 0,6 Prozent in 1995 und nur noch minus 0,3 Prozent in 1996 praktisch zum Stillstand gekommen ist, kann nicht verwundern, dass die Arbeitslosigkeit seitdem auf höchstem Niveau stagniert.

Eine Verlängerung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 37,8 auf 40,4 Stunden bei gleichem Lohn würde, wie eine Studie der Citigroup und Untersuchungen der Bundesagentur für Arbeit ergeben haben, bis 2008 zu erheblichen Beschäftigungsverlusten von bis zu zwei Prozent. Zwei Prozent weniger Beschäftigung wegen Verlängerung der Arbeitszeit bedeutet die Vernichtung von fast 800.000 Arbeitsplätzen.

##### **2. Höhere Löhne**

Seit 1997 blieben die Löhne in Deutschland mit durchschnittlich 1,9 Prozent pro Jahr weit hinter dem Durchschnitt des Euroraums mit 2,7 Prozent zurück. Gleiches gilt für die Entwicklung der Lohnstückkosten, die den Produktivitätsanstieg mit berücksichtigen. Hier beträgt der Anstieg in Deutschland seit 1997 durchschnittlich nur 0,5 Prozent pro Jahr, während der EU-Durchschnitt bei einem Prozent liegt. Hierdurch wurde die internationale Wettbewerbsposition zweifellos verbessert – aber massiv auf Kosten der Binnennachfrage. Dies ist der Grund, warum trotz immer neuer Exportrekorde sowohl das Wachstum gesunken, als auch die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen ist. Die Wachstumsschwäche in Deutschland und die weiter gestiegene Arbeitslosigkeit bestehen trotz international konkurrenzloser Wettbewerbsfähigkeit.

##### **3. Höhere Besteuerung der Unternehmen und Reichen**

Wiedererhebung der Vermögensteuer mit einem Freibetrag von 500.000 Euro. Höhere Besteuerung großer Erbschaften. Das bringt alleine 20 Milliarden Euro. Ein Spitzensteuersatz mit mindestens 47 Prozent. Auf keinen Fall noch tiefer als die jetzt vereinbarten 45 Prozent. Reform der Gewerbe- und Gewinnsteuern, die sicherstellt, dass die Unternehmen wieder angemessen zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beitragen.

##### **4. Soziale Sicherungssysteme, die ihrer Aufgabe gerecht werden.**

Generalrevision der Agenda 2010

## **5. Öffentliche Investitionen**

Vor allem brauchen wir einen massiven Ausbau des Erziehungs- und Bildungsbereiches, sowie des Gesundheitswesens.

Diese Maßnahmen bilden ein auch von Kommunisten heute zu unterstützendes Paket.

Die DKP hat darüber hinausgehende Forderungen und konkrete Vorstellungen entwickelt.

Diese sind in den Beschlüssen des letzten Parteitages der DKP publiziert.

Darüber hinaus sehen wir aber – und das ist weitergehend als das Programm der „Memorandum“ Gruppe - die Notwendigkeit, auf einen BRUCH MIT DER Kapital-Logik insgesamt zu orientieren.

Als Partei mit einer sozialistisch-kommunistischen Gesamtkonzeption, sagen wir:

Die halbherzige und lauwarne Kritik Münteferings an einigen Auswüchsen des Kapitalismus werden wir für die Argumentation über unsere Vorstellungen für unsere sozialistische Strategie nutzen.

Dazu bietet der Entwurf eines neuen Parteiprogramms der DKP aktuell gute Argumente und Diskussionsstoff.